

Konjunktur | 24.04.2026 | Lesezeit 5 Min.

Interview: „Eine solche Aneinanderreihung von Krisen habe ich noch nicht erlebt“

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist schlecht. Das liegt aktuell vor allem am Iran-Krieg. Michael Grömling, Leiter der Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur im IW, erklärt, wie sich der Krieg in naher Zukunft ökonomisch auswirken dürfte und wie die Politik den Unternehmen trotz allem mehr Sicherheit bieten kann.

Sie sind bereits lange in der Konjunkturforschung tätig. Haben Sie schon einmal so eine schlechte Stimmung unter den Unternehmen in Deutschland erlebt?

Sehr schlechte Stimmung gab es in der deutschen Wirtschaft immer wieder, beispielsweise nach der globalen Finanzmarktkrise 2009 und vor allem während der Coronapandemie. Das Besondere aktuell ist, dass wir aus all den Krisen gar nicht mehr rauskommen. Pandemie, Ukraine-Krieg, US-Protektionismus, Iran-Krieg – solch eine Aneinanderreihung von Schocks habe ich persönlich noch nicht erlebt. Seit mittlerweile sechs Jahren prägen diese aufeinanderfolgenden und sich teils überlagernden Krisen die Unternehmenserwartungen in Deutschland und machen die zwischenzeitlichen Hoffnungsschimmer immer wieder zunichte.

Der jüngste Krieg im Nahen Osten trübt die Stimmung und die Erwartungen der deutschen Unternehmen der IW-Umfrage zufolge erheblich. Was beeinträchtigt die deutsche Wirtschaft dabei aus Ihrer Sicht am meisten?

Es sind vor allem die Kosteneffekte. Wir haben energieintensive Unternehmen, wir haben transportintensive Unternehmen. Bei ihnen kommen die hohen Energiepreise infolge des Krieges schon jetzt an. Und das Geld, das die Bürger für teureres Öl, Diesel oder Gas ausgeben, fehlt an anderer Stelle beim Konsum.

Die Unternehmen brauchen Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik. Es darf nicht permanent alles auf dem Prüfstand stehen.

Perspektivisch ist die Sorge um ausbleibende Lieferungen groß. Noch landen Schiffe hier an, die vor wenigen Wochen nach Europa aufgebrochen sind. Wir leben gerade in einer Art Parallelwelt, wo der Krieg stattfindet, sich aber bei uns ökonomisch noch nicht komplett auswirkt. Die wirtschaftlichen Störungen, die der Krieg ausgelöst hat, kommen zum Großteil erst zeitversetzt bei uns an. Da geht es zum Beispiel für Deutschland um Zulieferungen von weiterverarbeiteten Energiegütern aus den Golfstaaten.

Probleme entstehen durch diesen Krieg natürlich auch weltweit. So fehlen Düngemittel für die landwirtschaftliche Produktion rund um den Globus. Auch Grundstoffe für die Pharma- oder Chemieindustrie dürften nicht in den Zielländern ankommen. Im Flugverkehr fehlt Kerosin, manche Fluggesellschaften hantieren deshalb bereits mit Kerosinzuschlägen. Selbst wenn der Krieg jetzt ein Ende finden sollte, müssen wir uns darauf einstellen, dass in den nächsten Monaten bestimmte Güter weltweit fehlen werden.

Es gab schon in den 1970er Jahren eine Ölkrise. Haben wir in Deutschland daraus zu wenig gelernt?

Man muss bedenken, dass es heutzutage global eine hohe Energienachfrage gibt. Es leben 8,5 Milliarden Menschen auf dem Planeten, die Energie für ihr tägliches Leben brauchen – sei es im Haushalt, für ihre Mobilität oder für industrielle Prozesse am Arbeitsplatz.

Unsere Energieverbräuche in Deutschland sind zwar zurückgegangen, wir müssen uns trotzdem mit globalen Preisen für fossile Energien am Energiemarkt auseinandersetzen, auf die wir kaum Einfluss haben.

Sie sagen, dass die hiesige Wirtschaft schon länger mit strukturellen Anpassungen kämpft. Welche Herausforderungen sind das im Einzelnen?



Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. In Krisenzeiten werden die Probleme und Schwächen, die es auch schon in guten Zeiten gab, wie unter einem Brennglas sichtbar. So haben wir in Deutschland ein Handicap bei den Energiekosten, wir haben ein weiteres Handicap bei den Regulierungskosten und auch eines bei den Arbeitskosten. Letzteres haben wir in den vergangenen Dekaden teilweise über die Internationalisierung kompensieren können. Eine offener werdende Welt hat sich hierzulande produktivitätssteigernd ausgewirkt. Doch diese Errungenschaften kassieren politische Spieler seit einigen Jahren wieder ein, was ökonomisch gesehen ein Rückschritt ist.

Wie kommen wir aus dem Negativstrudel wieder heraus?

Geopolitisch kann nur ein geschlossenes Europa ein Gegengewicht bilden. Deutschland allein ist zu klein, um in der Weltpolitik Entscheidendes zu bewirken. Um dem schwierigeren geopolitischen Rahmen etwas entgegenzusetzen, brauchen wir in Europa, in den Unternehmen und auch in der Gesellschaft eine höhere Resilienz und stärkere Flexibilität.

Was müsste noch passieren, damit der Optimismus in den Unternehmen zurückkehrt?

Wir haben aus vielen Umfragen gelernt, dass die Unternehmen in erster Linie

Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik brauchen. Heute so und morgen so – das funktioniert für sie nicht gut. Wir brauchen einen klaren klimapolitischen und transformationspolitischen Rahmen sowie eine verlässliche Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Wir brauchen auch eine Verlässlichkeit für Infrastrukturprogramme. Es darf nicht permanent alles auf dem Prüfstand stehen. Wichtig ist außerdem, dass wir im Bereich Forschung und Entwicklung strategischer werden, als wir es in der Vergangenheit waren.

Geopolitisch kann nur ein geschlossenes Europa ein Gegengewicht bilden.

Nur so entwickeln die Unternehmen Vertrauen, um langfristig am Standort Deutschland zu investieren. Denn Investitionen, zum Beispiel in ein Produktionswerk, sind kein kurzfristiges Engagement. Die Betriebe binden sich damit über Jahre, vielleicht Jahrzehnte an den Standort. Wenn bestimmte Kosten für Unternehmen nicht mehr kalkulierbar sind, werden sie zurückhaltender und vorsichtiger sein oder sich im ungünstigsten Fall für Standorte in anderen Ländern entscheiden.

Die deutsche Politik setzt auf Wirtschaftswachstum für die Trendwende. Die Investitionen, so zeigt es die IW-Umfrage, befinden sich aber weiterhin im Abwärtstrend. Fruchten die Bemühungen der Politik - Stichwort Sondervermögen - so gar nicht?

An dieser Stelle müssen wir fair bleiben. Die aktuelle Umfrage ist geprägt vom Iran-Krieg. Bei unserer Umfrage im vergangenen Herbst waren die Unternehmen deutlich zuversichtlicher.

Immer wieder ist zu hören, dass die Unternehmen einen eklatanten Fachkräftemangel beklagen - laut der aktuellen Konjunkturumfrage will dennoch eine relative Mehrheit Beschäftigung abbauen. Wie passt das zusammen?

Blickt man auf die deutsche Wirtschaftsgeschichte, ist die aktuelle Situation nicht neu. Wir haben duale Arbeitsmarktprobleme, das heißt, auf der einen Seite verlieren wir Arbeitsplätze in strukturell stark belasteten Branchen. Die Qualifikationen der Beschäftigten sind aber nicht sofort anschlussfähig für Arbeitsplätze, die an anderer Stelle neu entstehen. Diese qualifikatorischen Mismatches sind ein Problem im Strukturwandel. Durch die Bildungssysteme und auch durch betriebliche

Weiterbildung sind wir hoffentlich heutzutage besser in der Lage, diese schneller zu beheben. Das ist kurzfristig aber eine gesamtwirtschaftliche Herausforderung.

Im Interview: Michael Grömling *Leiter Forschungsgruppe Makroökonomie und Konjunktur*

- Seit 1996 im Institut der deutschen Wirtschaft
- Studium Volkswirtschaftslehre und Promotion Universität Würzburg
- Seit 2003 Redaktion IW-Trends
- Seit 2006 Professor für Volkswirtschaftslehre an der International University IU
- Seit 2022 Leiter des Clusters Makroökonomie und Konjunktur
- Forschungsschwerpunkte: Konjunktur, Strukturwandel, Langfristige wirtschaftliche Entwicklung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen/Wohlstandsanalyse



Telefon: 0221 4981-776

E-Mail: groemling@iwkoeln.de

Kernaussagen in Kürze:

- Seit sechs Jahren prägen aufeinanderfolgende und sich teils überlagernde Krisen die Unternehmenserwartungen in Deutschland und machen die zwischenzeitlichen Hoffnungsschimmer immer wieder zunichte, sagt IW-Konjunkturrexperte Michael Grömling.
- In Krisenzeiten würden die Probleme, die es auch schon in guten Zeiten gebe, wie unter einem Brennglas sichtbar. Zu Deutschlands Schwachstellen zählt vor allem die Wettbewerbsfähigkeit.
- Die Unternehmen brauchen in erster Linie Verlässlichkeit in der Wirtschaftspolitik, sagt Grömling. Dazu gehören ein klarer klimapolitischer und transformationspolitischer Rahmen sowie eine verlässliche Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme.